

## KOO Pressemitteilung- CIDSE Dokument „Die FTS für den Menschen und die Umwelt – Finanzierung der Klimagerechtigkeit“

FTS/Klima: Finanztransaktionen besteuern um Menschen und Umwelt zu nützen, sagen die katholischen Entwicklungsorganisationen

(Brüssel - Wien, am 6. Juni 2011) Ein Bericht der CIDSE, dem internationalen Dachverband katholischer Entwicklungsorganisationen, besagt, dass eine Finanztransaktionssteuer (FTS) positiven Einfluss auf das Wohlbefinden der Menschen und der Umwelt haben kann. Der Bericht „[FTS für Menschen und Umwelt - Finanzierung der Klimagerechtigkeit](#)“ zeigt auf, wie ein Betrag von geschätzten 465 Milliarden Euro jährlich an FTS Einnahmen zustande kommt, wenn dieser einmal mit einer durchschnittlichen Rate von 0,05 % eingeführt würde und so den Kampf gegen den Klimawandel finanzieren könnte.

Wenn es darum geht, Geld für eine der globalen Herausforderungen aufzubringen, wird der Kampf gegen den Klimawandel kontinuierlich von den Regierungen verloren. In Jahrzehnten internationaler Klimaverhandlungen war das Bereitstellen von finanziellen Mitteln stets ein signifikanter Stolperstein. Letzten Dezember in Cancun (Mexiko) waren Regierungen bereit, einen Grünen Klimafonds zu schaffen, welcher mit bis zu 70 Milliarden Euro jährlich ab 2020 ausgestattet werden soll. Bisher ist allerdings noch unklar, woher dieses Geld kommen soll. In Zeiten der Sparmaßnahmen sträuben sich Regierungen Gelder für den Klimaschutz aus nationalen Budgets aufzubringen.

*„Budgetäre Einschränkungen sind keine Entschuldigung für Untätigkeit. Die FTS könnte ohne weitere Opfer des Steuerzahlers genügend Geld generieren, um den Klimafonds aufzufüllen und andere globale Herausforderungen zu finanzieren,“* sagt Heinz Hödl von der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz und Vizepräsident der CIDSE. Tatsache ist, dass eine FTS hauptsächlich Wertpapierspekulationen beeinflussen würde, welche keinen Mehrwert für die Realwirtschaft haben. Die Eindämmung dieser Spekulationen würde außerdem mit einer Stabilisierung der Finanzmärkte einhergehen.

Die CIDSE vertritt die Auffassung, dass obwohl die Möglichkeit der Umsetzung der Steuer weitreichend bekannt ist (Studien aus 2010 vom Internationale Währungsfond und der Europäischen Kommission bestätigen die Durchführbarkeit), der dazu notwendige politische Wille fehlt. Während Länder wie Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg unterstützend wirken, sind vor allem Großbritannien, USA und Niederlande nicht gewillt finanzielle Transaktionen zu besteuern.

Genügend Gelder aufzutreiben ist nicht genug, es muss verwaltet und bedacht ausgegeben werden, um einen nachhaltigen Einfluss zu haben. Die jahrzehntelange Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Partnern des globalen Südens hat dies bestätigt. Darauf basierend macht CIDSE zwei Empfehlungen:

- Koordination muss eine wesentliche Rolle bei der Klimafinanzierung spielen, da der Kampf gegen den Klimawandel mehrere Sektoren von Regierungstätigkeit umfasst, einschließlich der Finanzen, Landwirtschaft, Gesundheit, Sicherheit und Infrastruktur.
- Die gesamte Klimafinanzierung muss Sozial- und Umweltrechte respektieren und sicherstellen, dass durch sinnvolle und nachhaltige Konsultation der lokalen Bevölkerungen der Klimaschutz nicht auf die Kosten dieser Menschen stattfindet.

*„Bis zum 22. Juni werden die Parlamentarier weltweit in ca. 30 Ländern dazu aufgerufen, sich für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Deshalb wendet sich die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz an die Österreichischen Parlamentarier und EU-Parlamentarier, dieser Aktion Folge zu leisten.“* so Heinz Hödl.

Rückfragen richten Sie bitte an: Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21  
Mag. Georg Klimes [g.klimes@koo.at](mailto:g.klimes@koo.at) oder an Heinz Hödl 0676 769 84 34; [h.hoed@koo.at](mailto:h.hoed@koo.at) [www.koo.at](http://www.koo.at);